

17.Juli 2017

Presseinformation Nr.6

**System Deutschland 2017: Chaos- oder Bananen-Republik ?
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: „Selbstbedienungsladen“ für
Politiker des Establishments und
verschlossen für Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ?
Gerechtigkeitswahlkampf für starken Rechtsstaat !**

*Bundeskanzlerin holt G20-Gipfel nach Hamburg, Erster Bürgermeister erhält
„Prügel“ von den Autonomen, mehr Chaos geht nicht
Bundesaußenminister titelt „Gipfel der Verlogenheit“, Bundesjustizminister gegen
„Fake News“ und für Zensur-Infrastruktur im Internet (für Wählerinnen und
Wähler), Zensur-Testbetrieb vom Opfer längst beklagt
Deutschland 2000 war digitale Spitze im globalen Vergleich, Deutschland 2017
ist digitale Kolonie von USA und Fernost, Webseiten per Mausclick sperren,
Deutschland auf dem Weg zur Bananenrepublik
Regierungsnaher Justiz eines schwachen Rechtsstaates verweigert bis heute
rechtliches Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz
Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers für digitale Evolution und
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk bestätigt Empfang des Antrags auf
Maischberger-Sendung über
Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen
Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010*

Die Presseinformationen sind keine „Fake News“, sind aber aus Erfahrung bereits gefährdet, von der staatlichen Zensur-Infrastruktur unter Steuerung skrupelloser Staatsanwaltschaften gelöscht zu werden.

**Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
in und für Deutschland und Europa:
Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der
digitalen Evolution, herausragend durch überlegene Leistungen für
Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Angemessene Rehabilitierung (Karlspreis von Aachen) und Schadenersatz
durch Staatshaftung sind längst überfällig**

Dieses herausragende Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
in und für Deutschland und Europa wurde wissentlich zerstört mit einer
gigantischen Umverteilungspolitik unter Verantwortung der deutschen
Bundesregierung, seit 1998 geplant, Lebenswerk mit der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 ausgehebelt und mit totaler Diskriminierung zerschlagen:
Ausgehebelt, ausgesperrt, abgehängt und zerschlagen (6-fach)

Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung der **herstellernerneutralen ONLINE-Seminare**, die vom Opfer ohne Subventionen erarbeitet wurden.

Seit 1971: Aufbau und Entwicklung der mehrtägigen Seminare (ONLINE I, II, III, IV, V in 1975) zu richtungsweisenden Themenschwerpunkten der Telekommunikation und IT und deren grenzüberschreitende Durchführung in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Seit 1976: Weiterentwicklung der ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und zum digitalen IT-Gipfel in Europa mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit professionellem Verlagsservice

1977: Gründung der Durchführungsgesellschaft:

ONLINE GmbH Kongresse und Messen für Technische Kommunikation

2000: Höhepunkt der Entwicklung im Umfeld der New Economy mit einer Vielzahl innovationsorientierter Startups,

digitale Spitzenstellung von Deutschland im internationalem Vergleich

Einbruch des digitalen Innovationswachstums unter dem zerstörendem Einfluss der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (digitale Innovationswende nach 2001)

**Hohe Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)**

Der 2. Congress im Jahr 1977 wurde als Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner durchgeführt zum Thema

**Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen,
Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern,
Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme**

2. Symposium der ONLINE-Seminare

(Symposiumsordner zu einer Vortragsreihe über 3 Tage):

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Datenschutz und Datensicherheit standen von Anfang an im Fokus der ONLINE-Seminare und der Europäischen Congressmessen.

Deutschland heute: Größte Probleme der digitalen Sicherheit, die in den Europäischen Congressmessen bis 2003 immer Themenschwerpunkt war.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Congressmessen,

und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Klägers, er hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, **er kann nichts anderes**. Aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congressse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den **"Nationalen IT-Gipfel" (heute unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums)** in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweis durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Der Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und die Altersrücklagen des Beschwerdeführers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der hohen Qualität seiner ONLINE-Seminare konnte sich das Opfer auch die Mitwirkung herausragender Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, aus dem In- und Ausland auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH sichern: Das komplette Congress-Programm wurde in **deutscher und englischer Sprache im Vorfeld der Congressmessen weltweit und flächendeckend angekündigt**, z.B. auch in Kalifornien (Silicon Valley), 15 professionelle Dolmetscher sorgten für eine Simultanübersetzung von ausgewählten Symposien über 4 Tage, alles mit Eigenleistung finanziert.

Von der Leistung des Veranstalters waren überzeugt und aktiv beteiligt: z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988 (verstorben 2006 in Berlin)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik

auf der ONLINE 1980 (verstorben 2006 in Ettlingen, siehe Kapitel 5)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987 (verstorben 2004 in Baden-Baden)

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92 (verstorben 2016 in Stuttgart)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995 (verstorben 1999 in Bad Tölz)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Henning Voscherau

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

langjähriger Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. „Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE1997 (verstorben 2009 in Beersel / Belgien)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001 (verstorben 2008 in Düsseldorf)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/1996.htm>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

und viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,

ohne Honorar- und Kostenerstattung,
ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub,
in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,
über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten,
mit der Telekommunikation als Innovationstreiber.

Würdigung und Anerkennung durch einen Preis mit europäischem Bezug, z.B. der internationale Karlspreis zu Aachen mit der RWTH Aachen, deren führende Wissenschaftler immer wieder in führender Stellung auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH vertreten waren, ist angemessen.

Daher unerträglich:

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, unter Verantwortung des Bundeskanzleramtes, unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung, unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge hat mit der Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 (1 BvR 382/17, Zerschlagung 1) und Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 (2 BvR 628/17, Zerschlagung 2) an das Bundesverfassungsgericht diesen Sachverhalt wahrheitsgetreu beschrieben und die Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts beantragt: Sieh Anlagen oder im Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

> unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung

(Zerschlagung 1) und

> unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung

(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1) und

> unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(Zerschlagung 3)

> unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen

(Zerschlagung 4)

> wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften

(Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung)

> wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung

trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher

Erklärungsnot aller Täter, Mittäter und Mitwisser

(Zerschlagung 6)

Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Durchsetzung krimineller Umverteilungspolitik sind ein

Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

⊗ **Massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften:**

Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Anweisendes Bundeskanzleramt zur nachhaltigen Durchsetzung von verfassungswidriger Umverteilungspolitik mit

perfidem Missbrauch von tumber Polizeigewalt gegen wehrlose Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Weisungsgebundene Staatsanwälte haben kein Problem, massiv gegen internationale Menschenrechte zu verstoßen

Verfassungsbeschwerde (2 BvR 741/16) vom 14. Februar 2016,

auch in der Internet-Cloud einsehbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Der Geschädigte, Rentner nach Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, heute 75 Jahre alt, ist Opfer schweren Missbrauchs von Staatsgewalt ohne Haftbefehl und ohne Durchsuchungsbefehl geworden:

Der beklagte Täter, gesteuert von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft,

Leiter einer 3-Mann-Truppe im Polizei-Bezirksdienst Mettmann, hat

am Dienstag, den 17.06.2014, ca. 09.30 h,

überfallartig, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, unter Vorzeige-

Verweigerung seines Dienstausweises, mit Gewaltanwendung durch die 3-Mann-

Polizeieinheit, mit vorsätzlichem Hausfriedensbruch, das Opfer festgenommen

und gewaltsam in die JVA Gelsenkirchen mit einem vergittertem

Gefängnistransporter für Schwerverbrecher abtransportiert, um trotz staatlich

erzwungener Altersarmut einen strittigen Milchmädchen-Betrag von 150 €

(Kosten für rechtswidrige Gerichtsverfahren seit 2011) plus Kosten der

Zwangmaßnahme, insgesamt 210 € zu erpressen.

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagung hat Strafanzeige erstattet mit Schriftsatz vom 22.06.2014 an das beteiligte Amtsgericht Mettmann. Das Opfer beklagt

psychische Zerschlagung

als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Art.1 Abs.1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Gewalttätiger Polizist: „**Halt endlich deine dreckige Fresse**“

Nach Niederschlagung der Strafanzeige durch den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf hat das Opfer ein Klageerzwingungsverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf eingeleitet mit Rechtsbeschwerde am Bundesgerichtshof, und danach mit Verfassungsbeschwerde **2 BvR 741/16** an das Bundesverfassungsgericht:

Der deutsche Staat verdient kein Mitleid,

deutsche regierungsnahe Justiz verdient kein Verständnis wegen Verweigerung rechtlichen Gehörs zu politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

und zu psychischer Zerschlagung (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Psychische Zerschlagung mit kriminellem Missbrauch von Staatsgewalt: Tumben Polizeigewalt gegen Opfer einer gigantischen Umverteilung (Zerschlagung 5)

Wer wehrlose Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik

mit politisch motivierten Zerschlagungen,

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge,

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, wie Rechtlose behandelt und für diese Umverteilung, Zerschlagungen, staatliche Übergriffe verantwortlich ist, der kann nicht Bundesregierung sein

☹ Zivilrechtliche Klage des Opfers gegen die Bundesrepublik Deutschland seit 30.März 2015 (Zerschlagung 1), Landgericht Wuppertal (2 O 70/15)

Beklagter: Bundesrepublik Deutschland

vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Agenda 2010, HARTZ IV) und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung),

durch alle Instanzen in verwaltungsgerichtlichen und zivilgerichtlichen Verfahren,
bis heute mit verfassungswidrigen Versagen von rechtlichem Gehör
(grundrechtsgleiches Recht nach Art.103 Abs.1 GG),
bis heute mit **Nicht**-Annahme der Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung
ohne Begründung seit 2010, nicht nur für eine, sondern für **alle**
Verfassungsbeschwerden (Dauerzustand),
bis heute mit **Verhinderung** einer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof
für Menschenrechte in Straßburg (massiver Verstoß gegen das Prozess-
Grundrecht auf ein faires Verfahren gemäß
Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK)

⊗ **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06.Juli 2016
(Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)**

Beklagter: Freistaat Bayern

**vertreten durch das Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch die Bezirksregierung der Oberpfalz,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten durch den leitenden Staatsminister**

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung des
verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des
Bruders nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod und
danach mit Fortsetzung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, mit Rechtsbeugung in
Verwaltung und Verwaltungsjustiz sowie Verhinderung von Berufungsverfahren
am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zur Verdeckung der Rechtsbeugung,
wegen kapitaler Vermögensschäden und tödlichem Ausgang,
vor dem Hintergrund **unbewältigter NS-Vergangenheit**

Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge: **Wendelin Josef Ockl**,
verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth, Gemeinde Leonberg, Landkreis
Tirschenreuth

Der Kläger, Bruder und einziger Rechtsnachfolger, muss bis heute die
Eintragung einer Hypothek für **Gerichtskosten der Rechtsbeugung** durch die
1. Instanz des Verwaltungsgerichtes Regensburg hinnehmen. Es geht um
kriminelle Rechtsbeugung im Umfeld einer langjährigen Treib- und
Hetzjagd der regionalen Verwaltung auf einen qualifizierten
Unternehmer **bis in den Tod am 06.Juli 2012 als letzten „Ausweg“**,
mit wissentlicher Duldung der Bayerischen Staatsregierung,
mit kapitalen Vermögensschäden für das Todesopfer und den
klagenden Rechtsnachfolger, vor dem Hintergrund
unbewältigter NS-Vergangenheit mit 2 Todesopfern.

⊗ **Verwaltungsgerichtliche Klage gegen den Öffentlich-rechtlichen
Rundfunk seit 15.Juli 2013 mit Antrag auf Berufung vom 25.Nov. 2016
(Zerschlagung 3),**

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 3968/14, 27 K 5854/13)

Beklagter: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

**vertreten durch den Westdeutschen Rundfunk, dieser
vertreten durch den Intendanten Tom Buhrow.**

Die rechtswidrige Schädigung des klagenden Opfers durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Vorfeld der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit Live-Aufzeichnung, Live-Übertragung und zeitversetzte Übertragung aus den kostenpflichtigen, hochqualifizierten Congressen der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers **ohne Übertragungsrechte** (Schaden über 100.000 €), ist ein zusätzlicher Beweis für die skrupellose Durchsetzung der gigantischen Umverteilungspolitik durch die ausführende Bundesregierung seit 2000:

Auftakt einer gigantischen Umverteilungspolitik mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit dem weltweit größten Auktionsbetrag und mit anschließender **total diskriminierender, bis heute andauernder Versagung von jeglichem Gehör** (auf zahllose Briefe, Schriftsätze, Projektvorschläge, kritische Analysen und Innovationsoffensiven) durch ARD-Vorsitzende, Intendanten und Mitglieder der Bundesregierung (Bundeskanzlerin, Bundesminister, Staatssekretäre).

⊗ **Größtes Milliardengrab aller Zeiten zur Durchsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik: Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) mit flächendeckenden, verheerenden Folgewirkungen wie politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010, HARTZ IV und Krisen am laufenden Bande**

Das größte Milliardengrab aller Zeiten war der Bundeshaushalt 2000-2001: Die einmalige Einnahme durch die **UMTS-Auktion 2000** entsprach damals ungefähr dem Fehlbetrag eines einzigen Haushaltsjahres. Das bedeutete: Nach einem Jahr war der Effekt der Einnahme **verpufft**. Das Haushaltsloch war wieder da. Aber die Folgewirkungen waren verheerend:

Unternehmens-Genozid der „New Economy“, der deutschen Innovationselite für digitale Evolution, Hauptkunden der Europäischen Congressmessen ONLINE des klagenden Opfers: So geht staatlich erzwungene Einstellung der nicht mehr finanzierbaren Congressmessen mit dem **weltweit größten Congressprogramm zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, mit Weltklasse-Höchstleistungen des klagenden Opfers für digitale Evolution inkl. nationaler IT-Gipfel über 25 Jahre in jährlichem Turnus** (nationaler IT-Gipfel seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums trotz intensiver Kooperationsbemühungen des klagenden Opfers)

⊗ **Gigantische Umverteilungspolitik in Deutschland mit verheerenden Folgen: Politisch motivierte Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und Krisen am laufenden Bande**
Planer, Macher der Umverteilungsoperation: Bundesregierung Schröder I, Gewerkschaften und Öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Verteidiger des neuen Establishments: Bundesregierung Merkel

Solche gewaltsame Umverteilungsoperationen sind **schlimmer als die Anwendung von Notstandsgesetzen, weil de facto** Grundrechte nicht ausgeschaltet, sondern ausgehebelt werden ohne Notstand. Die Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu 32 Innovationsschwerpunkten (8 Congresse mit je 4 ganztägigen Symposien), mit dem jährlichen IT-Gipfel, **hatten keinen Innovationsmarkt mehr, weil** die Gewinner der UMTS-Frequenzen (Netzbetreiber) nur noch leere Kassen hatten, mit denen kein UMTS-Netz aufgebaut werden konnte, **weil** internationale und nationale Banken nicht weiter finanzieren wollten (Kapitalflucht vor staatlichen Mammut-Auktionen/Monstermarkteingriffen), **weil** die deutsche Bundesregierung den nationalen IT-Gipfel der Europäischen Congressmessen ONLINE, auf dem die beklagte Bundeskanzlerin heute eine jährliche Gipfelrede hält, so an sich reißen konnte, und das Opfer trotz intensiver Kooperationsbemühungen einfach ausgesperrt wurde:
Ausgehebelt, ausgesperrt, abgehängt und zerschlagen (6-fach).

"8 Congresse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 ganztägigen Symposien, also insgesamt mit 32 (4x8) ganztägigen Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen **mit zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller (New Economy) und mit **abschließenden, ganztägigen Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter.**

Diese Europäischen Congressmessen, ihr Gründer, Planer und Organisator, haben den Karlspreis verdient, weil herausragende Verdienste um Europa und europäisches Zusammenwachsen durch ihn anerkannt werden, weil mit dem Rehabilitierungsanspruch gegen politisch motivierte Zerschlagungen (6-fach) in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge längst gegengesteuert werden muss.

Prof. Dr.-Ing. Dipl.-Wi. Ing. Walter Eversheim ,
Vorsitzender des Karlspreisdirektoriums 1997-2009,
leitete von 1980 bis 2002 das Fraunhofer-Institut für Produktionstechnologie im WZL der RWTH Aachen
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, war Chairman Congress I auf der Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
Digitale Evolution, Industrie 4.0, Internet der Dinge sind gerade in der Zukunft europäische Herausforderungen im globalen Wettbewerb

weil die **Europäischen Congressmessen** mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers, der Innovationseffizienz, des Innovationswachstums einen signifikanten Beitrag für digitale Evolution in Europa geleistet haben, weil mit diesen weltweit herausragenden Congressen Mittelstandpotentiale für Innovationswachstum der digitalen Evolution erschlossen wurden, weil sie mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den **"Nationalen IT-Gipfel"** (heute unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sie sind das Lebenswerk des Gründers.

Das digitale Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost abgewandert. Aus einer blühenden ITK-Branche, **mit über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive, mit der

Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 15 Jahren.

Der CeBIT-Niedergang mit rückläufigen Aussteller- und Besucherzahlen geht nun in das 16. Jahr. Eine Viertel Mrd. € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die CeBIT ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten ITK-Branche.

Die staatlichen UMTS-Auktion 2000 war das politische Instrument, mit der neue, grenzüberschreitende Technologien der digitalen Evolution auf staatliche Grenzen zurückgestutzt wurden, nicht ohne Folgen:

Deutschland im Jahr 2000 war **digitale Spitze im globalen Vergleich**

Deutschland heute: **digitale Kolonie von USA und Fernost**

Die **Europäischen Congressmessen** des klagenden Opfers hatten keine Chance in Deutschland. Auffallend: Europa 2017 hat gewaltige Probleme.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Weisungsgebundene Staatsanwälte mit Weisungen durch das beklagte Bundeskanzleramt haben kein Problem, massiv gegen internationale Menschenrechte zu verstoßen (Zerschlagung 5)

Verfassungsbeschwerde (2 BvR 741/16) vom 14. Februar 2016,

auch in der Internet-Cloud einsehbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung **mit physischer Gewaltanwendung**, Hausfriedensbruch, Präsentation des gegen die Bundesregierung klagenden Opfers

mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,

ohne Haftbefehl, **ohne** Durchsuchungsbefehl, **ohne** Polizeiausweis, ausgeführt mit kriminellem Missbrauch von Staatsgewalt

am helllichten Tag von Staatsanwaltschaft Wuppertal mit

Anweisung durch das beklagte Bundeskanzleramt gesteuert.

Art. 1 Abs. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Gewalttätiger Polizist: „Halt endlich deine dreckige Fresse“

nach der Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

Kausaler Zusammenhang aller Zerschlagungen, weil staatlich erzwungene Altersarmut nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen des klagenden Opfers gnadenlos ausgenutzt wird, z.B.

Zerschlagung 2 unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung

Der Kläger, alleiniger Erbe und Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, hat nach einer Petition an den Bayerischen Landtag im Mai 2010 umfangreiche Rechtsunterstützung gegeben, um auf Bitten seines verstorbenen Bruders seine **finale Zerschlagung** zu verhindern.

Nach kommunalpolitisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders mit Todesfolge hat er umfangreiche Rechtsbemühungen unternommen, um posthume Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen.

Eine rechtsbeugende bayerische Verwaltungsjustiz unterdrückt bis heute das Schlüsseldokument für die finale Zerschlagung des gejagten Opfers, das Schlüsseldokument über eine Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Opfers mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit periodisch auftretenden Rohrbrüchen in 5m-Entfernung vor den Backstuben des verstorbenen Opfers.

Höchstes Kontaminierungsrisiko der Katastrophen-Pumpwerksanlage war unvermeidbar: **Das unverantwortliche Hygiene-Desaster nach einer Jahrhundert-Überschwemmung als Folge eines Wolkenbruchs** wurde vom besorgten, verantwortungsvoll handelnden Opfer im November 2011 mitgeteilt. Skandalös war die Verweigerung einer Schadensregulierung. Statt dessen: **Rache des Landratsamtes mit heimtückischer Vorbereitung eines Überfalls** mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem betrügerischen Deckmantel des Lebensmittelrechts zur finalen Zerschlagung des verstorbenen Opfers im März 2012.

Ein heimtückisch geplanter Überfall mit einer 8-Personen-Task-Force unter dem vorgetäuschten Deckmantel des Lebensmittelrechts zur tatsächlichen Beseitigung des Hygiene-Desasters der Katastrophen-Pumpwerksanlage mit finaler Zerschlagung des verstorbenen Opfers nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06.Juli 2012.

Absolut illegitime Verwaltungsübergriffe gegen eine kleine, beliebte Dorfbäckerei mit einer 8-Personen-Task-Force für Bäckerei-Großbetriebe:

Gipfel der politisch motivierten Zerschlagung durch Nachkommen einer NSDAP-Vätergeneration: Die Katastrophen-Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes wurde auf dem Hofgrundstück des Todesopfers errichtet, nach Manipulation von Grundstücksrechten mit einem **NS-Dokument aus 1943 in Sütterlin-Schrift, die vom verantwortlichen Richter überhaupt nicht lesbar war, aber mit Überzeugung interpretiert wurde:**

O-Ton des Vizepräsidenten Alfons Mages des Bayerischen Verwaltungsgerichtes Regensburg bei der Präsentation des NS-Dokuments aus 1943, mit Zeugen nachweisbar:

"In der Nazi-Zeit war nicht alles schlecht, was sie gemacht haben".

Bayerische Verwaltungsjustiz, die **über die staatlich erzwungene Altersarmut des klagenden Rechtsnachfolgers ausführlich informiert war**, verhindert bis heute Berufungsverfahren zu Urteilen der 1.Instanz, um die Rechtsbeugung zu verdecken.

Bayerische Verwaltungsjustiz hat die Eintragung einer Sicherungshypothek für Gerichtskosten der Rechtsbeugung auf Kosten des Rechtsnachfolgers am Amtsgericht Velbert in NRW in 2016 erzwungen. **Zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern seit 06.Juli 2016 (Zerschlagung 2), Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) ist rechtshängig.**

Mit Recht stellt sich der Kläger die Frage, wer für seinen Schutz in NRW verantwortlich sein könnte. Schutz gegen groben Missbrauch tumber Staatsgewalt bei extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
durch Staatsanwälte mit Weisungen von dem beklagten Bundeskanzleramt?
durch das Bundesamt für Justiz, bei dem das klagenden Opfer sofortige Härteleistungen beantragt hat, das aber lieber Gerichtskosten eintreiben möchte?
durch staatliche Finanzinstitute des Freistaates Bayern?
durch kommunalen Finanzdienstleister des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks?
durch gewalttätige Polizisten, die ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, Hausfriedensbruch mit Einbruch verwechseln,

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit tumber Staatsgewalt**
Seit 2010: Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör durch deutsche Justiz, ohne Zugang zum Grundgesetz (Nicht-Annahme aller Verfassungsbeschwerden zur Entscheidung ohne Begründung) und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren (massiver Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention EMRK) trotz Verfügbarkeit von umfangreichem, qualifiziertem Beweismaterial und hochqualifizierter Zeugenaussagen

Deutsche Ministerpräsidenten, Bundesminister aus Berlin und EU-Kommissare aus Brüssel bescheinigten immer wieder eine herausragende Qualität der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH des klagenden Opfers mit persönlicher Teilnahme. Nur einige ausgewählte Beispiele:

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

zum Beispiel

ONLINE'96: Weltweit größtes Congressangebot

für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: "Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

Karel van Miert (1989-1999)

auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

Erkki Liikanen (1999-2004)

auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Der Betroffene hat in seinem gesamten Berufsleben seit Beendigung seiner akademischen Ausbildung (Telekommunikation) als Dipl.-Ing. an der Technischen Universität Braunschweig im Jahre 1967 **keine** Subventionen erhalten. Das gilt auch für alle seine Unternehmen.

Er hat ausschließlich mit Eigenleistung die in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminare aufgebaut und daraus die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot zum nationalen IT-Gipfel entwickelt und über 25 Jahre in jährlichem Turnus durchgeführt:

Er hat in dieser Zeit **über 260 Congressse**, dokumentiert in über 260 ISBN-nummerierten Congressbänden (alle im Congressmesse-Archiv einsehbar) durchgeführt, z.B. die

ONLINE 2000 Düsseldorf (23 Jahre Kompetenz & Know-how)

Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe

Business Shows der Aussteller mit innovationsorientierten Workshop-

Vorträgen, mit Firmensymposien und Tutorials,

Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern

(Plenary & Keynote Speakers)

23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Beweise für höchste Qualifikation seiner Congressmessen wurden im Beweis-Ordner 1 und 2 der insgesamt 5 Beweis-Ordner den Gerichten vorgelegt.

Beklagt: **Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz**

entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,

von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem

Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und in

separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster

des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen

Congressmessen, das ist

staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie.

Dieses qualifizierte Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers wurde in 2014/2015 zum Nachweis der Zerschlagung 1 vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)
> > > Auflistung des Beweismaterials
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**
Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe beim Bundesamt für Justiz (BfJ)
Ablehnung der Kostenverantwortung für Prozesskostenhilfe-Verfahren wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Versagung von rechtlichem Gehör, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren und mit Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010 nach lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, nach Verlust von Menschenleben, nach kapitalen Vermögensschäden, nach Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, nach sozialer Ausgrenzung, mit Auswirkungen unbewältigter NS-Vergangenheit von Bayern bis NRW

Der an das BfJ (Bundesamt für Justiz) zugesandte Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe **musste** innerhalb von 2 Wochen ausgefüllt und überzeugend begründet werden. Dies wurde vom Antragsteller mit Schreiben vom 02.Dez.2016 so gut wie möglich durchgeführt. Seitdem hat er nur noch Kontakt zum lokalen Obergerichtsvollzieher, der vom Bundesamt für Justiz beauftragt worden ist, Vollstreckungsmaßnahmen für Gerichtskosten am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig trotz Antrag auf Prozesskostenhilfe durchzuführen.

Versagung von rechtlichem Gehör am Bundesverwaltungsgericht ist auch Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde am Bundesverfassungsgericht (Umfang 424 Seiten):

Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen Rundfunks (Beklagte) auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, der eigenen Zerschlagung und der Zerschlagung seines verstorbenen Bruders (Kläger, Beschwerdeführer, Rechtsnachfolger), nach Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren und auf Verzicht von Zwangsmaßnahmen während laufender Gerichtsverfahren, nach exzessiver Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch chaotische, verwaltungsgerichtliche Verfahren ohne Vollstreckungsschutz gegen **Plünderung von Pfändungsschutzkonten** durch den kommunalen Finanzdienstleister des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Der Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe ist vom BfJ bis heute nicht einmal beantwortet worden. Nicht einmal eine Empfangsbestätigung. Dies ist besonders unerträglich, weil der Antrag innerhalb von 2 Wochen gestellt und umfangreich begründet werden musste (400 Seiten plus weiterführende Internet-Links).

Keinerlei Begründung wurde vom BfJ abgegeben. Offensichtlich: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gibt es **nur für Asylanten**, aber nicht für deutsche Staatsbürger, die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe beklagen, obwohl sie ein Leben lang mit qualifiziertem Nachweis Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben, als Angehörige der Kriegsgeneration 1941, als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen nicht einmal Härteleistungen verdienen, sondern tumben Missbrauch von Staatsgewalt über sich ergehen lassen müssen.

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**
Opfer hat alle Staatsorgane von Deutschland und an erster Stelle seine Bundespräsidenten über die politisch motivierten Zerschlagungen in Deutschland informiert

Politisch motivierte Zerschlagungen und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 - Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 **zurückgetreten**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 - Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**

Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben vom 28.03.2013: Wir klagen an (Fortsetzung) und

Drittes Schreiben vom 10.04.2013: Wir klagen an (Fortsetzung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Auszugsweise:

„Mit unserem Brief vom 12.03.2013 haben wir Sie darum **gebeten**, Zeuge zu sein zu ungeheuerlichen Vorgängen in der deutschen Justiz unter Verantwortung des Bundesverfassungsgerichts. **Weiterhin haben wir Sie darum gebeten**, selbst einen Blick in unsere Verfassungsbeschwerde zu werfen und eine Überprüfung zu veranlassen. Hervorragendes Beweismaterial wie z.B. unser Congressband-Archiv und hochqualifizierte Zeugenaussagen z.B. von unseren ehemaligen Congressleitern, Beiratsvorsitzenden, Träger des Deutschen Zukunftspreises (Preis des Bundespräsidenten für Technik und Innovation), nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56>

> > > <http://www.euro-online.de/sprecher.htm>

Ein Bundespräsident kann Zeichen setzen und beispielsweise die Lebensleistungen der Beschwerdeführer (Unterzeichner und Ehefrau) überprüfen lassen und entsprechend würdigen.“

„Wertvolle Jahre geraubt, 26 (2x13, heute 2x17) wertvolle Jahre sind über ein Viertel Jahrhundert auf dem Höhepunkt ihres Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit anschließender Diskriminierung und Diffamierung.

Am 20.März 2013 hat die deutsche Presse über eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts berichtet, mit der das Vollzugsdefizit vor allem bei Strafprozessen als verfassungswidrig verurteilt wird. Ein betroffener Polizist hat darüber geklagt, dass er wertvolle Jahre seines Lebens verloren hat. Er wurde in diesem Zusammenhang in 2011, also vor ca. **2 Jahren**, aus dem Polizeidienst entlassen. Die Polizeibehörde wird nun hoffentlich Anstrengungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit unternehmen.

Hier: Die Beschwerdeführer beklagen seit 2010 verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit der Ihnen **die Existenz-Grundlage entzogen wurde**, totale Diskriminierung eines 30-jährigen Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, sodass sie den Verlust aller Altersrücklagen hinnehmen mussten trotz ihrer ausgewiesenen Lebensleistungen.“

⊗ **Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe ist unerträglich geworden.**

2017: Ist das System Deutschland sanierungsbedürftig, überhaupt sanierungsfähig?

Welche Partei soll das Opfer wählen?

Bei der Bundestagswahl 2017 mit Parteien und Öffentlich-rechtlichem Rundfunk, die bis heute

jede Information über die Ursache von HARTZ IV und Agenda 2010 unterdrücken und angeblich einen Gerechtigkeitswahlkampf führen, aber keine Rehabilitation zulassen wollen?

Was ist das für ein Wahlrecht, das nur noch zum Protest gegen ein diskriminierendes Establishment eingesetzt werden kann?

Nicht der Qualitätsjournalismus, sondern Einschaltquoten bestimmen die Strategien des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der sich aus den Fängen des Establishments von alleine nicht mehr befreien kann.

Unerträglich sind die wachsenden Defizite des deutschen Rechtsstaates:

Als Beschwerdeführer der einsehbaren Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 (1 BvR 382/17) beklagt der Unterzeichner, dass er, offensichtlich auf Druck der heute beklagten Bundesregierung,

faktisch keinen Zugang mehr zum Grundgesetz hat:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Ständige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, der bayerischen Staatsregierung und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang ist ein nicht mehr hinnehmbarer Dauerzustand, der mit dem grundrechtsgleichen Recht nach Art.20 Abs.4 zu bekämpfen ist

Im Nachtprogramm der ARD ausgestrahlt, Video verfügbar bis **24.07.2017** in der Mediathek:

„**Erledigt! Deutsche Justiz im Dauerstress**“: Richter und Betroffene reden Klartext. Sie meinen, Deutschland mit seinem Justizsystem würde derzeit nicht einmal mehr in die EU aufgenommen. Offen sprechen sie über ihre Arbeitswelt und die teils unwürdigen Bedingungen, unter denen hierzulande Recht gesprochen wird.

Im europäischen Ranking der Besoldung deutscher Richter läge Deutschland auf einem der letzten Plätze, knapp vor Armenien oder Albanien, beklagen Mitglieder des Deutschen Richterbundes.

Richter haben keinerlei Motivation für rechtliches Gehör (ein grundrechtsgleiches Recht für Rechtssuchende), weil die Systematik des Staatshaftungsrechts viel zu verworren ist, hier auch noch die Verwicklung in mehrere, politisch motivierte Zerschlagungen mit Todesopfern, mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit kapitalen Vermögensschäden, mit sozialer und wirtschaftlicher Exklusion, mit staatlich erzwungener Altersarmut, mit Missbrauch von Staatsgewalt auf Bundesebene und Landesebene.

Deutsche Justiz im Dauerstress, im Bundesverfassungsgericht längst bekannt, flüchtet sich in ständige Versagung von rechtlichem Gehör (verfassungswidrig), mit der Behauptung, nicht zuständig zu sein, mit der Behauptung, gegen Bundes- und Landesregierung nichts erreichen zu können, mit Abschiebung auf Zivilkammern, die sofortige Beschwerden überhaupt nicht bearbeiten können, weil ihnen der Einblick in Sachargumente und in entsprechendes Beweismaterial fehlt, aber aufgrund des gerichtlichen „Geschäftsplans“ zuständig wären (Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24.Dez.2016 mit 400 Seiten, zusätzlich in der Internet-Cloud nachlesbar:)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

mit Abschiebung auf Zivilkammern, die nur noch realitätsfremde Rechtsbeschwerden zulassen wollen, damit eine Auseinandersetzung mit der Faktenlage übergangen werden kann, mit der Behauptung, dass Prozesskostenhilfe ohne eine Perspektive auf Erfolg nicht möglich sei (Begründung dafür leider Fehlanzeige und daher als Versagung von rechtlichem Gehör zurückzuweisen) und und und . . .

um vor allem komplizierte Gerichtsverfahren zu politisch motivierten Zerschlagungen möglichst schnell zu beenden, weil überhaupt keine Zeit und kein Interesse für eine gründliche Aufarbeitung und für eine „Trockenlegung von staatlichem Sumpfgelände“ vorhanden ist.

So schafft sich deutsche Justiz ab und schafft dafür die Basis für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe. Deutschland braucht einen Gerechtigkeitswahlkampf für einen starken Rechtsstaat.

Richterliche Unabhängigkeit hat überhaupt keine Chance mehr.
Richter, die gründlich arbeiten und so mehr Zeit brauchen, werden in zuständigen Justizministerien als „faul“ abgewertet. Hier sprechen de facto die beklagte Bundesregierung und die beklagte Landesregierung Recht, sie diktieren die richterlichen Beschlüsse, im Grundgesetz ist dies nicht vorgesehen. „Der wilde Bock wird zum rechtschaffenen Gärtner gemacht“. Ungeheuerlich!

***Das System Deutschland ist längst sanierungsbedürftig!
Die Frage ist, ob es aus den Krisen lernen kann und so sanierungsfähig wird. Die Hoffnung stirbt zuletzt.***

***„Wenn es ein Land gibt,
das aus den bisherigen Krisen nichts gelernt hat,
dann ist das Deutschland“***
Paul Krugmann, Nobelpreisträger für Wirtschaft 2008.

Velbert, den 17.Juli 2017



Albin L. Ockl

Alle Presseinformationen in der Internet-Cloud nachlesbar:

Nr. 6 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1708.pdf>

Nr. 5 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1707.pdf>

Nr. 4 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Nr. 3 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Nr. 2 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Nr. 1 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

Oft angeklickt:

Maischberger-Sendung über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)